

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Politik und Sicherheit

Abrüstungskonferenz: Tagungen 2013

- CD weiter blockiert
- Suche nach alternativen Gesprächsformaten

Oliver Meier

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Oliver Meier, Abrüstungskonferenz: Tagungen 2012, VN, 2/2013, S. 80, fort.)

Die 65 Mitgliedstaaten der Genfer **Ab-rüstungskonferenz (Conference on Disarmament – CD)** konnten sich auch im vergangenen Jahr nicht auf die Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen einigen. Seit dem Abschluss der Verhandlungen über einen Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty – CTBT) im Jahr 1996 finden in der CD keine Abrüstungsverhandlungen mehr statt. Auch im Jahr 2013 waren keine Anzeichen erkennbar, dass sich an dieser Situation etwas ändern würde.

Die CD-Mitglieder verständigten sich zwar auf der zweiten von insgesamt 29 formellen Plenarsitzungen auf eine Tagesordnung, aber es gelang ihnen nicht, ein Arbeitsprogramm zu verabschieden. Ein solcher Schritt ist nach der Geschäftsordnung Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen über eines der auf der Tagesordnung stehenden Themen. Drei Mitglieder (Irak, Iran und Ungarn) legten im Laufe des Jahres Vorschläge für ein solches Arbeitsprogramm vor. Allerdings erhielt keiner dieser Vorstöße die notwendige Unterstützung aller Mitglieder.

Vordergründig scheiterte ein solcher Beschluss am Streit über die Reichweite eines möglichen Vertrags über ein Verbot der Produktion waffenfähigen Spaltmaterials (Fissile Material Cut-off Treaty – FMCT). Pakistan besteht weiterhin darauf, dass ein solches Abkommen auch vorhandene Bestände mit einbezieht, da-

mit die vermeintlich größeren Vorräte an hochangereichertem Uran und Plutonium des regionalen Konkurrenten Indien erfasst werden. Im Hintergrund dürfte Islamabad von anderen Staaten, die ihre Atomwaffenarsenale ebenso weiter ausbauen wollen, unterstützt werden. Länder wie etwa China befürchten, dass ein FMCT ihre Aufrüstungspläne behindern könnte. Demgegenüber lehnen einige andere Staaten unter Hinweis auf bestehende Beschlüsse über das Mandat von FMCT-Verhandlungen aus dem Jahr 1995 (Shannon-Mandat) Vorfestlegungen hinsichtlich der Reichweite eines Abkommens ab.

In den drei Tagungsperioden (21.1.–29.3.; 13.5.–28.6.; 29.7.–13.9.) fand daher im Laufe des Jahres 2013 nur ein unverbindlicher Informationsaustausch zu prozeduralen Fragen und den Themen statt, die auf der Tagesordnung standen (nukleare Abrüstung, Schritte zur Verhinderung eines Nuklearkriegs, Maßnahmen zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltall, negative nukleare Sicherheitsgarantien, neuartige Massenvernichtungswaffen, umfassendes Abrüstungsprogramm und Transparenzmaßnahmen). Immerhin: Gegen Ende der dritten Tagungsperiode nahmen die CD-Mitglieder einen irakischen Vorschlag zur Einrichtung einer informellen Arbeitsgruppe, die eine Einigung über ein Arbeitsprogramm herbeiführen soll, an.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Blockade der UN-Abrüstungsmaschinerie verstärken sich diplomatische Seitwärtsbewegungen in der Debatte über den Fortgang in der nuklearen Abrüstung. Viele Nichtatomwaffenstaaten suchen nach alternativen Möglichkeiten, die Atomwaffenstaaten zu weiteren Abrüstungsschritten zu drängen. Am 4. und 5. März trafen sich in Oslo 127 Staaten, um die humanitären Folgen von Atomwaffeneinsätzen zu diskutieren. Nichtstaatliche Organisationen (NGOs), die am 2. und 3. März im Vorfeld der Konferenz ein eigenes Treffen abhielten, hoffen darauf, dass eine solche Diskussion einen Schritt in Richtung einer umfassenden Ächtung von Atomwaffen darstellen und der Weg für die Aufnahme von Verhandlungen über eine

Atomwaffenkonvention geebnet würde. Inspiriert werden diese Überlegungen von den erfolgreichen Kampagnen zur Ächtung von Antipersonen-Minen und von Streumunition, die in den Jahren 1997 und 2008 in entsprechende Verbotskonventionen mündeten. Ob und wie dieses Modell der normativ ausgerichteten Rüstungskontrolle auch auf die Nuklearwaffenproblematik übertragen werden kann, ist strittig.

Am 4. Januar 2013 verabschiedete die Generalversammlung zwei Resolutionen zur nuklearen Abrüstung, die Einfluss auf die Arbeit der CD hatten. Zum einen forderte sie den Generalsekretär auf, eine Gruppe von Regierungsexperten aus 25 Staaten einzuberufen, die in den Jahren 2014 und 2015 Empfehlungen für eine Aufnahme von FMCT-Verhandlungen erarbeiten sollen (A/RES/67/53). Zur Vorbereitung hatte der Generalsekretär alle UN-Mitglieder aufgefordert, ihre Sichtweise auf einen FMCT darzulegen. 36 Regierungen sind dieser Aufforderung gefolgt. Zudem richtete die Generalversammlung eine offene Arbeitsgruppe (open-ended working group – OEWG) zur nuklearen Abrüstung ein (A/RES/67/56). Diese Gruppe tagte im Mai, Juni und August 2013 unter Vorsitz des CD-Botschafters aus Costa Rica, Manuel B. Dengo. An insgesamt 15 Tagen diskutierten die Teilnehmer unter Beteiligung von NGOs mögliche nächste Schritte in der multilateralen nuklearen Abrüstung.

Während die CD am 12. September nur wieder einen weitgehend inhaltsleeren Sachbericht (CD/1963) an die Generalversammlung weiterleiten konnte, hatte die OEWG bereits am 3. September einen Bericht vorgelegt, der die Spannbreite der Probleme in der nuklearen Abrüstung beschrieb. Sollte die UN-Abrüstungsmaschinerie blockiert bleiben, ist zu erwarten, dass die politische Bedeutung solch offener, informeller Gesprächsformate (und vielleicht auch einmal Verhandlungsformate) zunimmt. Unklar ist, welche Auswirkungen eine solche Entwicklung auf die 9. Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) im April/Mai 2015 haben wird.